



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 475 Anfrage Estermann Rahel und Mit. über die umstrittene E-ID-Abstimmung und ihre Konsequenzen für den Kanton Luzern / Finanzdepartement i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Anfrage A 475 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 109 zu 0 Stimmen zu.

Rahel Estermann ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Rahel Estermann: Ich freue mich sehr, wenn ich die elektronische Version der Identitätskarte bestellen kann. Ich freue mich auch auf den Moment, wenn ich damit die Steuererklärung ausfüllen, auf ein Patientinnendossier zugreifen und mit meinen Versicherungen kommunizieren kann. Mir graut aber schon ein wenig vor dem Moment, wenn ich die Karte am Schalter der UBS bestellen muss. Ich habe nicht einmal die Wahlfreiheit, ein staatliches Angebot dafür wahrzunehmen, sofern wir am 7. März 2021 Ja sagen. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich ein deutliches Nein auf meinen Stimmzettel schreiben werde. Ich habe die Regierung gefragt, was sie von dieser Abstimmung hält und was die Auswirkungen für Luzern wären. Ich danke für die Antworten. Dass Private eine hoheitliche staatliche Aufgabe übernehmen, nämlich die Herausgabe der Identität, scheint den Regierungsrat leider nicht zu stören. Er schreibt, dass er sich innerhalb der Konferenz der Kantonsregierungen für die Vorlage ausgesprochen habe. Die Privatisierung dieser staatlichen Dienstleistung rechtfertigt er damit, dass Private mehr Know-how hätten. Finden Sie das nicht auch ein wenig bedenklich? Wir befinden uns je länger je mehr im digitalen Zeitalter, und unser Staat traut sich nicht zu, eine relativ triviale staatliche Dienstleistung weiterhin selber anzubieten. Er lagert sie stattdessen aus. Ich habe den Anspruch an meine Schweiz und an meinen Kanton Luzern, dass er das nötige Know-how für seine hoheitlichen Aufgaben – also für seine Kernaufgaben – aufbaut. Es werden im digitalen Zeitalter noch einige Aufgaben mehr auf unseren Staat zukommen. Wollen wir wirklich schon jetzt kapitulieren? Wir hätten keine Wahl mehr und müssten die Dienstleistung bei Privaten beziehen. Ich möchte eigentlich gerne Staatsbürgerin bleiben und nicht Konzernbürgerin werden, wie das heute in einem guten Kommentar in der Presse zu lesen war. Sollte die E-ID-Vorlage abgelehnt werden, so habe ich den Anspruch an den Kanton Luzern, dass er sich sobald wie möglich mit Kantonen und Gemeinden wie Schaffhausen oder der Stadt Zug kurzschliesst, um schnell eine Lösung für eine staatliche elektronische Identität im Kanton Luzern zu finden. Es gibt sie nämlich, die staatlichen Angebote einer E-ID. Zum Schluss noch etwas, über das ich mich beim Lesen gefreut habe: Der Kanton Luzern setzt sich dafür ein, dass auch der analoge Weg weiterhin für die Basisdienstleistungen offenbleibt. Es braucht auch die Freiheit, sich für eine staatliche Dienstleistung in analoger und nicht digitaler Form zu entscheiden. Bis auf Weiteres bin ich sehr froh, wenn dieser Weg

offenbleibt.

Anja Meier: An der E-ID-Abstimmung scheiden sich aktuell nicht nur die politischen Geister, sondern auch die Kantone sind sich uneinig. Mit der Antwort der Regierung auf die wichtige Anfrage von Rahel Estermann herrscht jetzt auch bei uns Klarheit. Luzern gehört zu den 18 Befürworterkantonen des E-ID-Gesetzes und stellt sich somit hinter die Ausgabe eines elektronischen Identitätsausweises durch private Unternehmen. Das ist schade. Die Frage ist nicht, ob eine E-ID nötig ist. Es braucht eine Vereinfachung und einen Ausbau des digitalen Leistungsangebots der kantonalen Verwaltung. Dafür ist eine sichere und eindeutige elektronische Identifizierung unabdingbar. Die Frage ist vielmehr, was die Umstände sind. «Die Herausgabe von elektronischen Identitäten ist eine hoheitliche Aufgabe des Staates und kein Geschäftsmodell für gewinnstrebige private Unternehmen.» Dieser Satz stammt vom Zuger SVP-Finanzdirektor Heinz Tännler. Doch auch die SP würde diesen Satz unterschreiben. Bei den geplanten Einsatzarten einer E-ID im Kanton Luzern beschränkt sich die Antwort der Regierung auf den Verweis auf die elektronischen Dienstleistungen beim geplanten Einwohnerportal. Über das vom Kanton und den Gemeinden gemeinsam zu betreibende Einwohnerportal werden jedoch besonders heikle und sensible Daten abgewickelt, ob im Bereich der Steuern oder der Sozialhilfe. Als Pfeiler der digitalen Demokratie wird die E-ID früher oder später auch zur Ausübung von Volksrechten zum Einsatz kommen, das heisst E-Collect oder E-Voting. Das heisst, es braucht nicht nur eine zweckmässige, sondern auch eine niet- und nagelfeste vertrauenswürdige elektronische Identifizierung. Indem ausschliesslich private Akteure als E-ID-Aussteller festgeschrieben werden, erhalten sie die Verantwortung für die Speicherung und Verwendung unserer Daten. Der Bund übernimmt bloss eine schwache Kontrollfunktion. Er kann keine Bussen verhängen und ist damit noch zahlloser als die Wettbewerbskommission. Die Abhängigkeit von Privaten steigt. Die Regierung begründet die Befürwortung einer privaten E-ID mit tieferen Kosten und mangelndem Know-how in der Verwaltung. Doch wir sind der Ansicht, dass eine E-ID vom Staat schlanker, einfacher, rascher und ohne zusätzliche gesetzliche Bestimmungen umsetzbar ist. Im Fall von Schaffhausen ist die kantonale E-ID-Lösung von einem privaten Anbieter eingekauft worden, und jetzt wird die Infrastruktur vom Informatikunternehmen des Kantons betrieben. Die persönlichen Daten werden dezentral bei den Nutzerinnen und Nutzern gespeichert. Sie sehen also, dass mangelndes Know-how in der Verwaltung kein Hinderungsgrund sein muss. Erfreulicherweise lehnt die Regierung unabhängig vom Abstimmungsergebnis einen E-ID-Zwang ab. Die SP ist ebenfalls der Ansicht, dass staatliche Dienstleistungen weiterhin analog, niederschwellig und einfach verständlich beziehbar sein müssen. Doch sensible private Daten von Luzernerinnen und Luzernern gehören nicht in die Hände von privaten Konzernen. Wir sind gespannt auf das Abstimmungsergebnis und freuen uns, je nachdem noch einmal auf das Thema E-ID im Kanton Luzern zurückzukommen.

Simon Howald: Der digitale Wandel schreitet in allen Lebenslagen voran. Er bringt uns effizientere Abläufe und eine ausgedehnte Verfügbarkeit von Dienstleistungen, zum Beispiel im Bereich der Verwaltung, der Banken und im E-Commerce. In zahlreichen Bereichen der digitalen Transformation spielt die vertrauenswürdige elektronische Identifikation (E-ID) eine zentrale Rolle. Der Bund hat ein sinnvolles Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) vorbereitet, welches am 7. März 2021 zur Abstimmung kommt. Die Schweiz nimmt verglichen mit Europa in diesem Bereich definitiv keine Vorreiterrolle ein. Im Gegenteil: Wir hinken in diesem Thema deutlich hinterher. Eine weitere Verzögerung muss unbedingt vermieden werden. Deswegen freut sich die Mehrheit der GLP-Fraktion umso mehr, dass der Regierungsrat das vorgeschlagene E-ID-Gesetz – zusammen mit 17 weiteren Kantonen – unterstützt. Falls an der kommenden Abstimmung eine Mehrheit der Stimmbevölkerung das E-ID-Gesetz ablehnen würde, wäre die GLP-Fraktion für eine rasche Prüfung einer Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, um den Zug bezüglich der E-ID nicht komplett zu verpassen.

Franz Rärer: Es geht am 7. März 2021 nicht um einen elektronischen Pass. Die E-ID ist kein elektronischer Pass, die E-ID ist kein offizielles zwischenstaatliches Dokument und hat

nichts mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft zu tun. Ich bin schon froh, dass ich weiss, dass auch die Gegner des Bundesgesetzes über die elektronische ID eigentlich eine elektronische ID wollen, wir sind uns einfach über den Weg dahin nicht einig. Der Lösungsansatz der Gegner ist für mich völlig unverständlich. Sie wollen eine rein staatliche Lösung. Der Bund soll den Auftrag in einem Vergabeverfahren öffentlich ausschreiben, das forderten die Gegner im Bundesparlament. Ich hoffe doch, dass Sie alle wissen, was das zur Folge hat. Eine externe Firma, vielleicht kommt sie aus der Schweiz, vielleicht auch nicht, entwickelt eine Lösung für die E-ID der Schweiz. Wer kennt sie nicht, die Skandale ähnlicher IT-Projekte des Bundes? Die Kosten sind dabei meist viel höher als geplant, Termine können nicht eingehalten werden, teilweise wurden sogar IT-Projekte abgebrochen. Die FDP ist für ein neues solches Abenteuer nicht bereit. Wir wollen ein bewährtes Schweizer Modell. Der Staat tritt als Garant mit der alleinigen Datenhoheit auf. Innovative, kundenfreundliche Anwendungen werden von privaten Schweizer Firmen entwickelt. Eine rein staatliche Lösung ist für mich nicht überzeugend. Zudem sind Staatslösungen zu wenig flexibel, und auf neue Bedürfnisse können sie meist nicht genug schnell reagieren. Zu hohe und ungedeckte Entwicklungskosten für die öffentliche Hand sind hier vorbestimmt. Wir sind nicht bereit, bei einem Nein an der Urne in die digitale Steinzeit zurückzukehren. Die Gegner riskieren aber viele weitere Jahre ohne nationale Schweizer Lösung. Sie wären dann verantwortlich für die Stärkung populärer Angebote von grossen internationalen Unternehmen wie Google, Microsoft oder Apple. Die FDP sagt Ja zum Bundesgesetz über die E-ID und Ja zu einer Schweizer Lösung.

Carlo Piani: Vielen Dank für die Antworten auf die Anfrage. Bei der Frage zu den Pflichten und Konsequenzen stellen wir positiv fest, dass eine Pflicht nicht im Vordergrund steht und verschiedene Möglichkeiten bestehen bleiben. Dass eine Verweigerung der Verwendung einer solchen E-ID durch Private keine rechtlichen Konsequenzen haben wird, nehmen wir ebenfalls positiv zur Kenntnis. Weiter wird aufgezeigt, dass momentan keine Pflicht zur ausschliesslichen Identifizierung mit einer E-ID für behördliche Dienstleistungen vorgesehen ist. Es ist der CVP wichtig, dass der Zugang zu Dienstleistungen von Behörden auch weiterhin analog möglich ist. Irritierend ist die Aussage zum Prinzip «Digital first». Wir sind uns bewusst, dass der Kanton auf der digitalen Schnellspur navigiert. Mir möchten jedoch darauf hinweisen, dass unser Kanton sehr heterogen und vielfältig bevölkert und positioniert ist. Diese Diversität muss man berücksichtigen und würdigen. Eine derartige Klassifizierung erachten wir als nicht besonders geschickt. Nichtsdestotrotz sind die Antworten interessant und gut nachvollziehbar. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass die Regierung bei einer allfälligen Ablehnung der E-ID einen Alleingang aus fachlichen, technologischen und finanziellen Gründen nicht in Erwägung zieht. Zuerst gilt es jetzt das Ergebnis der Volksabstimmung abzuwarten, um dann die richtigen und stimmigen Massnahmen einzuleiten.

Pirmin Müller: Die Vorlage ist unbestreitbar spannend, und auch meine Meinungsfindung ist noch nicht abgeschlossen. Aber zu beurteilen, wie sinnvoll es ist, eine eidgenössische Vorlage im Kantonsparlament zu behandeln, überlasse ich anderen. Aber die Art und die Aggressivität, mit der die Meinungsäusserung vonstattengeht, stören mich. Überlassen wir den Entscheid dem Volk. Das Wir und nicht das Ich ist entscheidend.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich gehe mit der Anfragestellerin in einem Punkt einig: ich werde mich auch freuen, wenn ich dann über eine E-ID verfüge. Die Regierung ist überzeugt, dass diese eine ganz entscheidende Grundlage ist, damit wir bezüglich der Digitalisierung einen Schritt vorwärts machen und die Dienstleistungen für die Bevölkerung digital anbieten können. Für uns macht es aber keinen Sinn, dass jeder Kanton hier eine eigene Lösung für sich entwickelt und hofft, damit erfolgreich zu sein. Informatik ist ein Massengeschäft, eine nationale Lösung macht in diesem Bereich aus unserer Sicht definitiv Sinn. Ich möchte Sie warnen, auf irgendwelche Teillösungen zu setzen, beispielsweise vermag die Lösung, welche der Kanton Zug anstrebt, nicht alle Bedürfnisse abschliessend abzudecken. Darum ist ein solcher Weg für uns nicht zielführend. Wir wollen vorwärts machen. Der Bund hat

entschieden, und wir sind der Meinung, dass dies ein guter und pragmatischer Weg ist. Wir schliessen uns diesem an, und darum unterstützen wir die eidgenössische Vorlage.